

## GEMEINSAME DEUTSCHE ARBEITSSCHUTZSTRATEGIE

# Ressourcen bündeln – Schwerpunkte setzen

Die Europäische Union hat eine Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz formuliert. Diesen europäischen Ansatz haben Bund, Länder und Unfallversicherungsträger aufgenommen und in der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) als nationale Strategie aufbereitet. Die Unfallkasse NRW setzt in der Praxis da an, wo die größten Probleme ihrer Versicherten liegen.

■ „Es ist sinnvoll, Schwerpunkte zu setzen und Ressourcen zu bündeln“, sagt Gabriele Pappai, Mitglied der Geschäftsführung. Das große Engagement für die Schülerunfallversicherung und das Ehrenamt verfolgt die Unfallkasse NRW neben der GDA weiterhin. Für Pappai sind alle sechs Leuchtturmprojekte der GDA wichtig. „Derzeit sondieren wir, wo wir unsere Schwerpunkte setzen.“ Den größten Bedarf macht die Unfallkasse derzeit beim Leuchtturmprojekt „Sicherheit und Gesundheitsschutz in der Pflege“ aus. Die Unfallkasse NRW ist für alle kommunalen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sowie Universitätskliniken des Landes zuständig. Dort verzeichnen die Experten eine sehr hohe körperliche und psychische Belastung. Auch der Leuchtturm „Sicher fahren und transportieren in Betrie-

ben und im öffentlichen Bereich“ dürfte große Bedeutung haben; hier ereignen sich bislang die folgenreichsten Unfälle. Ressourcen bündeln, Schwerpunkte setzen – das ist aus Sicht der Unfallkasse sinnvoll, bedeutet aber keine Neuerfindung des Rades. Die gesetzliche Unfallversicherung war an der Formulierung der Ziele der GDA maßgeblich beteiligt, insofern spiegeln sich in den Leuchttürmen bisherige Arbeitsschwerpunkte der Unfallkasse NRW wider. „Wir arbeiten bereits in allen Themenfeldern“, so Pappai. Bei der Pflege etwa reagiert die Unfallkasse mit Beratungen und Schulungen vor Ort auf die Belastungen. Das wird durch die GDA intensiviert und künftig mit den Länderaktivitäten koordiniert. Die GDA soll nach den Vorgaben zehn Prozent des Engagements der Unfallkasse ausmachen. Pappai: „Damit ist gesichert, dass der Schwerpunkt Schülerunfallversicherung, mit dem in NRW insgesamt 3,9 Millionen Kinder, Schüler und Studenten abgesichert werden, weiterhin seinen hohen Stellenwert behält.“ Auf diese Gruppe wird die Unfallkasse weiterhin mindestens 50 Prozent ihrer Kapazitäten konzentrieren. Auch für das Ehrenamt bleibt laut Pappai alles beim Alten. Mehr noch: Ergeben sich neue Erkenntnisse aus der GDA, können auch andere Gruppen, etwa Freiwillige Feuerwehren, davon profitieren.



Start

Bernd Pieper,  
Vorstandsvorsitzen-  
der der Unfallkasse  
Nordrhein-Westfalen

## Regional und praxisnah

Effizienz steigern, Spielraum bewahren – mit der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie tun wir beides. In der GDA sind europäische Ansätze für eine nationale Strategie formuliert. Vorgaben aus Brüssel betrachten Zweifler meist mit Sorge um die deutsche Selbstverwaltung. Dazu besteht kein Grund. In der GDA spiegeln sich die Schwerpunkte unserer Präventionsarbeit, doch bleibt unser Spielraum erhalten. Dafür sorgt die offene Methode der Koordinierung, die den EU-Staaten individuelles Handeln empfiehlt. Das ist nur natürlich, denn: Was in Spanien richtig ist, kann für Deutschland falsch sein. Was für Hamburg gilt, muss in Köln nicht klappen. Wir verstehen das Verfahren als positiven Impuls. Die Stärken unserer Selbstverwaltung, regional und praxisnah auf die Bedürfnisse unserer Versicherten einzugehen, tragen weiter. Durch Schwerpunkte und gebündelte Kräfte werden wir effizienter. Diese Chance ergreifen wir. Ein Ziel ist, bis 2012 Arbeitsunfälle um ein Viertel zu verringern. Das ist ehrgeizig. Doch bin ich überzeugt: Unsere Selbstverwaltung wird ihre Stärke beweisen und neue Kräfte freisetzen. In diesem Sinne Ihr

Bernd Pieper

## URTEIL

### Monopol der Unfallversicherung mit EU-Recht vereinbar

■ Das Monopol der Unfallkassen und Berufsgenossenschaften auf die Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten ist mit europäischem Recht vereinbar.

Das hat der Europäische Gerichtshof Anfang März klar gestellt. Knapp 100 Unternehmer hatten gegen die Pflicht-

mitgliedschaft in ihrer Berufsgenossenschaft geklagt. Sie begründeten die Klagen damit, dass das Monopol einen Verstoß gegen die Dienstleistungsfreiheit und das europäische Wettbewerbsrecht darstelle. Die europäischen Richter machten nun deutlich, dass die Träger der gesetzlichen Unfall-

versicherung keine Unternehmen im Sinne des Europarechts seien. Daher verstoße die Pflichtmitgliedschaft bei Unfallkassen und Berufsgenossenschaften nicht gegen die Rechtsnormen des Binnenmarktes.

[www.unfallkasse-nrw.de](http://www.unfallkasse-nrw.de)  
Webcode N144

## EU-Kompetenzen

■ Im Bereich der Unfallverhütung, des Arbeits- und Gesundheitsschutzes kann die Europäische Union (EU) lediglich Mindeststandards vorgeben. Die Mitgliedsstaaten der EU setzen diese Mindestanforderungen in nationales Recht um. Wie die Umsetzung erfolgt, bleibt den Staaten selbst überlassen. Die Standards können auf nationaler Ebene verbessert, dürfen jedoch nicht unterschritten werden.

Die sozialpolitischen Kompetenzen auf Gemeinschaftsebene waren zu Zeiten der EWG-Gründung minimal. Erst im Laufe der Jahre wurden sie ausgedehnt, womit auch die europäische Gesetzgebung auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes erleichtert wurde. Nach der Verabschiedung der EU-Rahmenrichtlinie zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei der Arbeit von 1989 wurden in rascher Folge viele Einzelrichtlinien erlassen. Der Arbeitsschutz in Europa folgt damit weitgehend europäischem Recht. Seit Mitte der 1990er Jahre wird der europäische Arbeitsschutz zusätzlich durch die werbende und informierende Arbeit der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) unterstützt. Im Anschluss an die erste europäische Arbeitsschutzstrategie hat die EU-Kommission 2007 die derzeit noch bis 2012 laufende Arbeitsschutzstrategie gestartet. Titel: „Die Arbeitsqualität verbessern und die Arbeitsproduktivität steigern: Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2007-2012.“ Auswertungsergebnisse der ersten Strategie hatten ergeben, dass von 2000 bis 2004 die Zahl tödlicher Unfälle um 17 Prozent und die Zahl der Arbeitsunfälle mit Fehlzeiten von mehr als drei Tagen um 20 Prozent zurückgegangen sind.

## MEINUNGEN

# Arbeitsschutz in Europa

**Am 7. Juni 2009 findet die Wahl zum EU-Parlament statt. „Was möchten Sie beim Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie bei der Unfallverhütung in Schule und Beruf für Europa erreichen?“ Dazu haben sich die NRW-Spitzenkandidaten für die Europawahl unterschiedlich geäußert.**

■ Europa kämpft seit 1952 für eine sichere Arbeitsumwelt. 1997 konnten wir das in Art. 137 EU-Vertrag verankern. Seither entwickeln wir das Instrumentarium zum Arbeitsschutz weiter. Die Folge sind Mindestvorschriften, die auf die Sozialordnungen der Staaten einwirken. Trotzdem sterben jedes Jahr 150.000 Menschen in der EU an Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Umso wichtiger ist der Ausbau der Risikoprävention:

Die Infos europäischer Agenturen zur Unfallverhütung, zu Gefahrenstoffen und zu Krankheitsbildern retten Leben. Daher setze ich mich hier schon lange für bindende Rechtsvorschriften ein. Arbeitsschutz ist dank Europa gelebte ökonomische und humanitäre Vernunft.



**Elmar Brok,** Mitglied des Europäischen Parlaments für die CDU



**Martin Schulz,** SPE-Fraktionsvorsitzender im Europäischen Parlament

■ Gute Arbeit setzt einen starken Arbeits- und Gesundheitsschutz voraus. Beides ist nicht nur wichtig, um arbeitsbedingte Verletzungen oder Erkrankungen zu vermeiden, sondern auch ein Grundpfeiler für wirtschaftlichen Erfolg jedes Betriebs. Wir wollen verstärkt auf Prävention

setzen und eine konsequente Gefährdungsbeurteilung europaweit durchsetzen. Bei der Evaluierung der EU-Rechtsvorschriften im Arbeits- und Gesundheitsschutz achten wir darauf, dass neben dem Ziel, bürokratische Lasten für die kleinen und mittleren Betriebe abzubauen, die Evaluierung auch darauf gerichtet ist, die Schutzstandards im Sinne der Beschäftigten zu verbessern und an neue Herausforderungen anzupassen.

■ Europa braucht dringend ein starkes Ergebnis bei der in Rat und EU-Parlament verhandelten Arbeitszeitrichtlinie. Die Grünen setzen sich dabei nachdrücklich für eine Beschränkung der Arbeitszeit auf maximal 48 Stunden pro Woche ein. Bisher kann der Schutz der Richtlinie – individuell oder tariflich – außer Kraft gesetzt werden. Dieses sog. „Opt-out“ muss wegfallen! Zudem wollen wir erreichen, dass Bereitschaftszeit als Arbeits-

zeit angerechnet wird. Damit sollen Arbeitnehmer nicht nur vor den Risiken der Übermüdung geschützt werden, auch das Unfallrisiko kann somit gesenkt und ausreichend Erholung für die körperliche und seelische Gesundheit jedes Einzelnen gewährleistet werden.



**Michael Cramer,** Mitglied des Europäischen Parlaments für Die Grünen



**Alexander Graf Lambsdorff,** Mitglied des EU-Parlaments für die FDP

■ Europäische Mindeststandards können bei grenzüberschreitenden Sachverhalten sinnvoll sein, ich rate aber ab, den Arbeits- und Gesundheitsschutz europaweit zu vereinheitlichen. Gerade als überzeugter Europäer bin ich dafür, Probleme möglichst nah am

Bürger zu lösen. Die hohen deutschen Schutzstandards wären in anderen EU-Staaten nur schwer durchsetzbar. Unser Ziel kann aber kein europäisches Mittelmaß sein. Die Unfallkassen und Berufsgenossenschaften leisten einen wertvollen Beitrag in der Prävention von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten. Als Liberaler bin ich aber der Meinung, dass der Markt für private Anbieter geöffnet werden sollte.

■ Seit 2007 gibt der DGB den Index Gute Arbeit heraus. 55 % der Befragten stuften 2008 ihre Arbeitsbedingungen als mittelmäßig ein, 32 % als schlecht, nur 13 % als gut. Die Gründe für dieses alarmierende Ergebnis liegen nicht allein in der körperlichen Beanspruchung. Auch Arbeitszeiten, Arbeitsplatzsicherheit, Löhne und die Atmosphäre am Arbeitsplatz spielen eine Rolle. Die Linke hat 2007 das Manifest Gute Arbeit – Gutes Leben ver-

öffentlicht. Darin fordern wir auskömmliche Löhne und Renten, eine deutliche Arbeitszeitverkürzung, beziehungs- und kinderfreundliche Arbeitsorganisation, unbefristete Arbeitsverhältnisse und eine Neuaufgabe des Programms „Humanisierung der Arbeit“.



**Jürgen Klute,** Mitglied im Parteivorstand der Partei Die Linke

## SECHS LEUCHTTURMPROJEKTE

# Experten testen die Praxisreife aus

**GDA – dahinter verbirgt sich die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie. Mit ihr koordinieren Unfallversicherungsträger und Länder künftig ihre Prävention. Die Unfallkasse NRW arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung.**

■ Die GDA ist Bestandteil des Unfallversicherungsmodernisierungsgesetzes, das Ende 2008 in Kraft trat. Grundlage sind die Abstimmungen von Bund, Ländern und Unfallversicherungsträgern über ein gemeinsames Vorgehen im dualen Arbeitsschutzsystem. Bis zum Jahr 2012 soll die Zahl der Arbeitsunfälle damit um ein Viertel verringert werden. Kernelemente sind gemeinsame Arbeitsschutzziele, die Ableitung von Handlungsfeldern und Arbeitsprogrammen sowie die Evaluierung der Ergebnisse. „Dazu gehört aber auch die Festlegung eines abgestimmten, arbeitsteiligen Vorgehens der Aufsichtsdienste sowie die Neuordnung von Vorschriften“, sagt Manfred

Sterzl, Dezernent Prävention der Unfallkasse NRW.

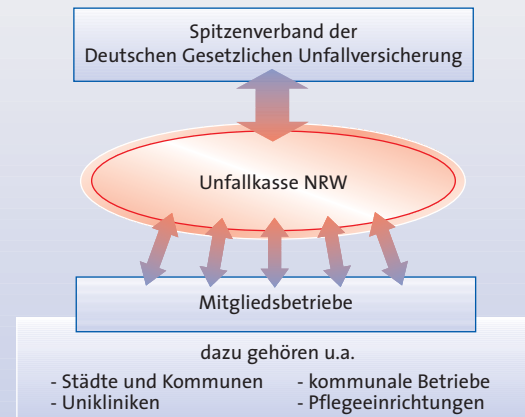
In der GDA sind drei Arbeitsschutzziele sowie Handlungsfelder festgelegt: die Häufigkeit und Schwere von Arbeitsunfällen sollen reduziert werden, die Verringerung von Muskel-Skelett-Belastungen und -Erkrankungen sowie die Verringerung der Häufigkeit und Schwere von Hauterkrankungen. Alle Arbeitsschutzziele und Handlungsfelder haben auch psychische Fehlbelastungen im Blick. Um die Ziele praxisnah umzusetzen, sind sechs Leuchtturmprojekte in Form von Arbeitsprogrammen definiert: Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Bau- und Montagearbeit sowie bei der Zeitarbeit; Sicher fahren und transportieren in Betrieben und im öffentlichen Bereich; Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Pflege; Gesund und erfolgreich im Büro; Gesundheitsschutz bei Feuchtarbeit und mit schädigenden Stoffen. Derzeit arbeiten laut Sterzl Arbeits-

### SERVICE

• Weitere Infos zum UVMG: [www.dguv.de](http://www.dguv.de) (Webcode d2693)

## Zum Thema

### Unfallkasse NRW setzt Arbeitsschutzziele um



Erstmals in Deutschland haben sich Bund, Länder und gesetzliche Unfallversicherung auf gemeinsame Arbeitsschutzziele verständigt. An der praxisnahen Umsetzung dieser Ziele arbeitet die Unfallkasse NRW derzeit mit Hochdruck. Spätestens Anfang 2010 sollen konkrete Maßnahmen für die Arbeit in den Mitgliedsbetrieben vorliegen. Quelle: Unfallkasse NRW, 2009

programmleitungen an den Prioritäten und Inhalten für diese Leuchtturmprojekte, die den Selbstverwaltungsgremien in den nächsten Monaten vorgelegt werden. Parallel dazu gilt es, sich mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW sowie den gewerblichen Berufsgenos-

schaften auf Prioritäten und konkreten Maßnahmen zu einigen – und zwar verbindlich. In Verträgen wird festgeschrieben, wer welche Aufgaben mit welchem personellen Einsatz übernimmt. Sterzl: „Spätestens Anfang 2010 wollen wir mit konkreten Maßnahmen in die Betriebe gehen.“



**Dr. Franz Terwey,**  
Direktor Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung

## Was macht eigentlich ...

### ... die Europavertretung der Deutschen Sozialversicherung?

■ Die Aufgabe unseres siebenköpfigen Teams besteht darin, die deutschen Spitzenorganisationen aus den Bereichen der gesetzlichen Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung über alle relevanten Entwicklungen des europäischen Einigungsprozesses zu informieren. Ferner pflegen wir den Kontakt zu den Europäischen Institutionen und sorgen dafür, dass das Fachwissen der Deutschen Sozialversicherung und ihre Prinzipien – nämlich Solidarität und Staatsferne – wirkungsvoll in die EU-Politik einfließen. Seit 1993 unter-

hält die Deutsche Sozialversicherung eine gemeinsame Europavertretung in Brüssel. Die EU wächst dynamisch zusammen, wesentliche Kernbereiche einzelstaatlicher Souveränität sind zumindest teilweise einer sogenannten Europäisierung ausgesetzt. Es ist eine wichtige Herausforderung, diesen Wandel aktiv zu begleiten. Sozial- und Gesundheitspolitik wird auch künftig in nationaler Verantwortung bleiben müssen, dennoch wird es immer öfter notwendig sein, einzelstaatliche Ziele, Strategien und Aktivitäten mit anderen

Staaten abzustimmen. So können die knappen Finanzmittel sinnvoll eingesetzt und dadurch die Versicherten optimal versorgt werden. Die Deutsche Sozialversicherung ist daher in mehrere transnationale Netzwerke eingebunden. Die wichtigsten sind die Europäischen Sozialversicherungsforen und die European Social Insurance Platform, ESIP. Seit Januar 2009 ist ESIP ein eingetragener Verein nach belgischem Recht und repräsentiert rund 40 nationale Organisationen der Sozialversicherung aus ganz Europa.

Personalien



**Ute Neumann** (47), Gruppenleiterin im Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW, ist seit Mitte März 2009 neues Mitglied der Vertreterversammlung der Unfallkasse NRW.

**Hans-Josef Bajon** (64), Beigeordneter der Stadt Recklinghausen und Feuerwehrdezentral a. D., ist Anfang März 2009 aus der Vertreterversammlung der Unfallkasse NRW verabschiedet worden.



**Thorsten Döcke** (42) ist seit Anfang des Jahres Mitglied der Geschäftsführung der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG). Die Vertreterversammlung wählte den Diplom-Volkswirt im Juli 2008 zum Nachfolger von Holger Langenhan, der in Pension gegangen ist. Döcke verantwortet nun unter anderem die Ressorts Finanzen und Gefahrtarif.

KREATIVWETTBEWERB

Helm tragen und gewinnen

„Schock’ Mutti – sei vernünftig“ – das ist das Motto des Kreativwettbewerbs Go Ahead der ZNS-Hannelore Kohl Stiftung, die Schüler beim Radfahren zum Helmtragen motivieren soll. Die Unfallkasse NRW unterstützt die Kampagne.

„Das Vorbeugen von Kopfverletzungen ist leicht, deshalb setzen wir hier an“, sagt Melanie Kühne, die bei der Unfallkasse für die Verkehrssicherheit in Schulen zuständig ist. Sie weiß: Der Kopf ist bei Schülern bis 15 Jahren das am stärksten gefährdete Körperteil. Von den drei Millionen bei der Unfallkasse NRW versicherten Schülern haben 400.000 pro Jahr Unfälle. Zehn Prozent sind Wegeunfälle, mehr als ein Viertel davon betreffen den Kopf. „Zum Glück verlaufen die meisten glimpflich. Aber es zeigt, wie gefährdet der Kopf ist“, so Kühne. Gerade von älteren Kindern und Jugendlichen wird erwartet, fit im Straßenverkehr zu sein; Helmtragen gilt als uncool.

„Motorik, Wahrnehmung und Gefahreinschätzung sind aber erst im Alter von etwa 15 Jahren voll ausgeprägt.“ Doch ist die Verkehrssicherheit an weiterführenden Schulen kein Thema im Schulalltag. Der Wettbewerb richtet sich deshalb an Schüler der Sekundarstufen 1 und 2 an allgemeinbildenden sowie Berufsschulen. Sie sollen mit ihren Lehrern einen Fernsehspot, eine Fotostory, einen Songtext oder eine Kurzgeschichte zum Thema Helm und Sicherheit entwickeln. Mit der Hannelore Kohl Stiftung, die sich für Menschen mit Schädel-Hirn-Verletzungen einsetzt, hat die Unfallkasse den passenden Partner: Beide setzen sich aktiv für Prävention ein. „Viele Unfälle mit schweren Folgen können verhindert werden“, sagt die Präsidentin der ZNS-Hannelore Kohl Stiftung, Ute-Henriette Ohoven. „Gemeinsam mit der Unfallkasse nutzen wir die Chance, Schüler für das Helmtragen zu sensibilisieren.“ [www.unfallkasse-nrw.de](http://www.unfallkasse-nrw.de) Webcode N 149

JUGENDFEUERWEHR

Sicherheitspreis: Jetzt bewerben

Mit kreativen Einfällen die Sicherheit bei der Jugendfeuerwehr erhöhen: Das ist auch in diesem Jahr der Leitgedanke des Jugendfeuerwehr-Sicherheitspreises, den die Unfallkasse Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Landesjugendfeuerwehr NRW verleiht. Prämiert werden innovative Vorschläge, Projekte oder Einzelergebnisse, die im Vorjahr entwickelt wurden und die die Unfallverhütung bei der Feuerwehr nachhaltig gestärkt haben. In den vergangenen Jahren wurde unter anderem die Jugendfeuerwehr Schieder-Schmalenbach für die Entwicklung einer Ausbilderfibel mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Wer an dem Wettbewerb teilnehmen möchte, kann bis zum 31. Juli 2009 seine Bewerbungen über die Kreisbeziehungsweise Stadtjugendfeuerwehrwart einreichen. Es gilt das Datum des Poststempels. In Nordrhein-Westfalen gehören insgesamt fast 20.000 Jungen und Mädchen den Jugendfeuerwehren an. Mehr: [www.unfallkasse-nrw.de](http://www.unfallkasse-nrw.de) Webcode 79

Ihr Draht zur infoplus-Redaktion:  
Tel.: 030 22011-202, E-Mail: [infoplus@kompart.de](mailto:infoplus@kompart.de)

KomPart Verlagsges. mbH & Co. KG, Postfach 110226, 10832 Berlin

Impressum

**Herausgeber:** Unfallkasse Nordrhein-Westfalen  
**Verantwortlich:** Josef Micha, Sprecher der Geschäftsführung, Unfallkasse NRW, St.-Franziskus-Str. 146, 40470 Düsseldorf  
**Redaktion:** Claudia Schmid (verantw.), Anne Gärtner, H.-B. Henkel-Hoving, Kristin Sporbeck; Grafik: Désirée Gensrich  
**Verlag:** KomPart Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Postfach 110226, 10832 Berlin Tel.: 030 22011-0, Fax: 030 22011-105, E-Mail: [verlag@kompart.de](mailto:verlag@kompart.de) Druck: Albersdruck, Düsseldorf

TERMINE

- Zum „Hauptstadtkongress 2009 – Medizin und Gesundheit“ kommen vom 27. bis 29. Mai Vertreter von Gesundheitsberufen, Politik und Wirtschaft in Berlin zusammen. Die Veranstaltung gliedert sich in die Fachkongresse Krankenhausmanagement, Pflege und Ärzte sowie das Hauptstadtforum Gesundheitspolitik. In diesem Jahr werden über 500 Referenten in mehr als 100 Veranstaltungen erwartet. Weitere Infos: [www.hauptstadtkongress.de](http://www.hauptstadtkongress.de)
- Die nächste öffentliche Sitzung der Vertreterversammlung der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen findet am 18. Juni 2009 im Radisson SAS Scandinavia Hotel in Düsseldorf statt. Die Sitzung beginnt um 12:30 Uhr. [www.unfallkasse-nrw.de](http://www.unfallkasse-nrw.de) > Veranstaltungen